

Zur Verbesserung des Existenzgründungsgeschehens: Der DFV fragt, die Parteien antworten!

Welche Positionen vertreten die Fraktionen im Deutschen Bundestag beim Thema Existenzgründergeschehen in Deutschland?*

	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis 90/Die Grünen
Leitgedanke	Die Förderung des Existenzgründungsgeschehens ist ein zentrales Element, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Innovationskraft zu unterstützen. Existenzgründer, die ihre Ideen verwirklichen wollen und auf diesem Weg Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen, sind ein elementarer Baustein einer gut funktionierenden Wirtschaft.	Es bedarf vielfältiger Anstrengungen, um ein gründerfreundlicheres Klima in Deutschland zu schaffen. Die Kernpunkte erfolgreicher Wirtschaftspolitik sind bekannt, unspektakulär und erwiesenermaßen in der Breite wirksam: Möglichst wenig Bürokratie, einfache und soweit es geht niedrige Steuern, ein vernünftiges Bildungs- und Ausbildungssystem mit guter Vernetzung von Forschung und Anwendung in den Unternehmen, mehr Wettbewerb im Bankensektor, damit die Institute sich auch bei kleineren Projekten mehr Mühe bei der Finanzierung geben. Beim Scheitern einer Existenzgründung soll eine möglichst geräuschlose und unkomplizierte Abwicklung als Voraussetzung für einen raschen Neustart helfen. Diese Maßnahmen wirken in der gesamten Breite der Wirtschaft.	Neue Unternehmen fördern Wettbewerb und Strukturwandel, verwirklichen innovative Ideen und bieten neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Bedeutung von Unternehmensgründungen muss von Seiten der Politik immer wieder herausgestellt werden, auch um das Unternehmergeist in der Gesellschaft insgesamt zu verbessern. In anderen Ländern wird eine gescheiterte Unternehmensgründung eher als Anreiz empfunden, aus den Fehlern für das nächste Mal zu lernen. Diese Mentalität scheint in Deutschland weniger ausgeprägt zu sein. In Deutschland soll stärker eine Kultur der zweiten oder dritten Chance gerade bei Existenzgründungen gefördert werden.	Deutschland braucht eine Kultur, die Gründungen befördert und Lust auf Selbständigkeit nicht im Keim erstickt. Selbstbestimmung und Eigenverantwortung haben für Bündnis 90/Die Grünen eine zentrale Bedeutung. Grüne Wirtschaftspolitik bedeutet, Raum für die Entwicklung und Umsetzung neuer Ideen zu schaffen. Wir wollen oligopolistische Strukturen aufbrechen und Chancen für neue Unternehmen eröffnen. Die Energiewende und die Digitalisierung der Wirtschafts- und Lebensbereiche bietet viel Raum für neue Geschäftsideen.
Aufgaben, Ziele und Positionen für die kommende Legislaturperiode	<ul style="list-style-type: none"> Durch leichteren Zugang zu Wagniskapital und den Zugang zu „Business Angels“ soll die Gründungsfinanzierung ausgebaut werden. Programm zur Förderung von Wagniskapital mit Hilfe von Investitionszuschüssen soll auf 300 Millionen Euro verdoppelt und von der Ertragssteuer befreit werden. Crowdfunding bzw. -investing, als neues Instrument der Frühphasen-Finanzierung von Technologie-Gründungen soll weiterentwickelt werden. Weiterentwicklung der EXIST-Initiative soll universitäre Gründungsstrategien unterstützen. Junge Unternehmen sollen in der Start- und Wachstumsphase möglichst stark von der Bürokratie entlastet werden. Unternehmerische Kompetenz soll in der schulischen Ausbildung gefördert werden. Die Umstellung seit Anfang 2012 bei der Gewährung des Gründungszuschusses von einer gebundenen hin zu einer Ermessensentscheidung soll beibehalten bleiben. 	<ul style="list-style-type: none"> Mehr Freiheit für den Unternehmer und weniger Regulierung durch den Staat. Nur punktuell und ergänzend sollen wirtschaftspolitische Maßnahmen des Staates greifen. Der Gründungszuschuss soll weiterhin durch eine Ermessensentscheidung des Vermittlers vor Ort vergeben werden. Die Vielzahl kostenloser Beratungsangebote soll weiterhin bestehen bleiben, wie das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt. Das „Gründercoaching Deutschland“-Programm des BMWi soll modifiziert fortgeführt werden, welches auch von Gründern aus der Arbeitslosigkeit in Anspruch genommen werden kann. Die BMWi-Initiative „Gründerland Deutschland“ soll die Gründungskultur in Deutschland stärken. Der Schwerpunkt liegt hier insbesondere bei der gründungsbezogenen Ausbildung an Schulen und Hochschulen sowie Unterstützung innovativer Gründungen. Mit der Reform des Insolvenzrechtes und der Verkürzung der Restschuldbefreiung auf drei Jahre zum 1. Juli 2014 soll die Kultur der „Zweiten Chance“ gestärkt werden. Der „Mikrokreditfonds Deutschland“ soll bestehen bleiben. 	<ul style="list-style-type: none"> Der Gründungszuschuss soll wieder als gesetzliche Pflichtleistung eingeführt werden. Flankierende Leistungen wie Beratung, Coaching und Qualifizierungsmodule sollen gesetzlich verankert werden. Die Gründercoaching-Variante „Gründungen aus Arbeitslosigkeit“ – mit einem 90 Prozent Zuschuss des Beratungshonorars bei Gründungen aus der Arbeitslosigkeit - soll bestehen bleiben. Arbeitsagenturen und Jobcenter sollen vermehrt potenzielle Existenzgründer fördern. Hierbei sollen die Eingliederungsmittel mit den notwendigen finanziellen Mitteln aufgestockt werden. Die Pläne zur Einstellung des „Mikrokreditfonds Deutschland“ zum Jahresende sollen rückgängig gemacht werden. Reformen für einen besseren Zugang zur Arbeitslosenversicherung im Rahmen des „Versicherungspflichtverhältnisses auf Antrag“, also der freiwilligen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, sollen eingeleitet werden. Langjährig selbstständig Tätigen soll es erneut ermöglicht werden, sich in der Arbeitslosenversicherung zu versichern. Selbständige sollen die gleichen Voraussetzungen, wie Arbeitnehmer auch, beim Zugang zu den Leistungen des SGB III und des SGB II haben. Hierzu soll die bisher geltende Beitragshöhe überprüft und ggf. angepasst werden. 	<ul style="list-style-type: none"> Der Gründungszuschuss soll von einer Ermessensleistung wieder in eine Pflichtleistung umgewandelt werden. Das Unternehmertum soll in Schulprojekten gefördert werden. Das Insolvenzrecht soll reformiert werden.

*Der DFV befragte CDU/CSU, FDP, SPD, die Linken und Bündnis/Die Grünen.